
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KRITIK DES PHILOLOGENVERBANDS AN DER SCHWARZ-GRÜNEN BILDUNGSPOLITIK

02.12.2015

- **CDU und Grüne dürfen Warnungen der hessischen Philologen nicht weiter einfach in den Wind schlagen**
- **Wer Gymnasien zum Steinbruch der Bildungspolitik macht, nimmt billigend Verschlechterungen der Qualität in Kauf**
- **Landesregierung muss Bildung die Priorität einräumen, die ihr angesichts großer Herausforderungen zusteht**

WIESBADEN – Anlässlich der erneuten Kritik des hessischen Philologenverbands an der Kürzungspolitik der schwarz-grünen Landesregierung erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: „CDU und Grüne dürfen die Warnungen der hessischen Philologen, die angesichts der weitreichenden Kürzungen im Gymnasialbereich von Bildungsabbau sprechen, nicht weiter einfach in den Wind schlagen. Wir stimmen mit der Position des Verbands überein, dass ein Ausbau von Inklusion und Ganztagsangeboten nicht zulasten der gymnasialen Bildung gehen darf. Eben dieses ideologische Gegeneinanderausspielen unterschiedlicher bildungspolitischer Ziele war jüngst einer der zentralen Gründe für das Scheitern des schwarz-grünen Bildungsgipfels – ohne dass jedoch aus dieser herben Klatsche für die Koalition und Kultusminister Lorz die richtigen Schlüsse gezogen worden wären. Wir appellieren daher erneut an Union und Grüne, eine drohende Vergrößerung der Klassen und eine Reduzierung des Bildungsangebots an den hessischen Gymnasien abzuwenden. Wer nämlich die Gymnasien zum Steinbruch der Bildungspolitik macht, der nimmt auch billigend Verschlechterungen der Qualität der gymnasialen Bildung in Kauf.“

Weiter erklärte Greilich:

„Auch stimmen wir mit der Position des Philologenverbands überein, dass der Unterricht junger Flüchtlinge an unseren Gymnasien unter Wahrung der gymnasialen Bildungsziele geschehen muss. Wir sehen Kultusminister Lorz und die Landesregierung in der Pflicht, die hierfür notwendigen Mittel einzustellen. Vor dem Hintergrund der immensen Herausforderung der Integration schulpflichtiger Flüchtlinge ist es nicht nachvollziehbar, dass in Hessen erst deutlich später als in anderen Bundesländern Initiativen wie beispielsweise das Anschreiben pensionierter Lehrkräfte gestartet wurden. Auch hinkt die Koalition mit den zusätzlichen Lehrerstellen, die im Aktionsplan der Landesregierung enthalten sind, dem aktuellen Bedarf bereits wieder hinterher. Wenn Schwarz-Grün nicht endlich der Bildungspolitik eben die Priorität einräumt, die sie verdient, wird die derzeitige Herausforderung nur schwer zu bewältigen sein.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de